

Schwerpunkt Rhein als Naherholungsgebiet

Revitalisierung des Alpenrheins

Mögliche Aufweitungen am Beispiel von Bendern und Vaduz



Alpenrhein zwischen Schaan-Buchs und Bendern-Haag: Status quo (links) und visualisierte Aufweitung (rechts).



Der Rhein bei Vaduz aktuell (oben) und nach der Aufweitung (unten).

Regierung sieht Flussaufweitungen als Chance

Revitalisierung In der Beantwortung einer Interpellation der Freien Liste zum Zustand des Alpenrheins bekennt sich die Regierung zu Verbesserungen der Lebensräume. «Flussaufweitungen vermögen einen wesentlichen Beitrag bezüglich Raum- und damit Lebensqualität zu leisten», betont die Regierung.

VON MICHAEL BENVENUTI

Noch bevor im November-Landtag die Interpellation der Freien Liste zum ökologischen Zustand des Alpenrheins und dem aktuellen Stand für Flussaufweitungen an die Regierung überwiesen wurde, hatten sich erste Kritiker zu Wort gemeldet. Mit der geforderten Aufweitung des Alpenrheins würde den heimischen Bauern der wertvollste Boden für Gemüse weggenommen, klagte Norman Kind, Landwirt in Bendern und Vizepräsident der Vereinigung bäuerlicher Organisationen, damals im «Volksblatt»-Gespräch. Auch der Zeitpunkt für ein solches Projekt sei denkbar schlecht, befand Kind: «Überall wird massiv gespart und dann sollen hier viele Millionen ausgegeben werden.»

Die Idee zu Aufweitungprojekten am Alpenrhein zum Schutz bestimmter geschützter und seltener Tier- und Pflanzenarten stammt aber nicht von der Freien Liste, sondern ist integraler Bestandteil des staatenübergreifenden Projekts «Rhesi», das von den Regierungen Liechtensteins, Österreichs und der Schweiz vor Jahren beschlossen wurde. Ziel des Projekts ist die Verbesserung des Hochwasserschutzes für alle am Rhein wohnenden Menschen, was mit Aufweitungen des

Flusses an insgesamt 19 Stellen erreicht werden soll.

Vier Gebiete in Liechtenstein

Vier dieser Gebiete mit Aufweitungspotenzial tangieren das liechtensteinische Hoheitsgebiet und wurden bereits in den Landesrichtplan aufgenommen und sind damit behördenverbindlich: Die Aufweitung Saarmündung in Balzers und Triesen, die Aufweitung im Bereich Sevelen und Vaduz, die Aufweitung Eschner Au in Schaan und Gamprin-Bendern sowie die Aufweitung Bangs in Ruggell.

Die Revitalisierung Eschner Au hat aus Sicht der Ökologie dabei eine besonders grosse Bedeutung und wird von den Experten der höchsten Klasse A zugeordnet. Durch die Aufweitung gelinge es, den Grundwasserspiegel «doch substanziell» anzuheben - und dies vermutlich ohne Verschlechterung der Hochwassersituation. Die Aufweitungprojekte Saarmündung und Sevelen/Vaduz werden als «sehr wichtig» in die Klasse B eingeteilt, das Renaturierungsprojekt in Bangs gehört aufgrund seiner geringen Länge und dem damit vergleichsweise niedrigen Verbesserungspotenzial der Klasse C an.

Während für die ersten Aufweitungen des Alpenrheins am Unter- und Oberlauf bereits konkrete Pläne vorliegen, sind auf der schweizerisch-liechtensteinischen Strecke noch keine konkreten Planungsschritte erkennbar. «Zur Klärung der Frage, ob die Massnahmen wirklich realisierbar sind, müssten vertiefte Überprüfungen und Studien angestellt werden», begründet die Regierung in der Interpellationsbeantwortung ihr behutsames Vorgehen.

«Die Regierung sieht gute Gründe dafür, Gewässeraufweitungen als Chance zu verstehen.»

INTERPELLATIONSBEANTWORTUNG ZUM ZUSTAND DES ALPENRHEINS

Denn: «Verbesserungen der biologischen Vielfalt, des ökologischen Wertes und der Erholungsfunktion unserer Landschaft bewegen sich im Spannungsfeld der Themen Ökologie, Hochwasserschutz, Erhalt landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, erneuerbarer Nutzung der Wasserkraft und Raumplanung.» Es bestünden also erhebliche Interessenskonflikte. Aus übergeordneter raumplanerischer, in die Zukunft gerichteter Betrachtungsweise sieht die Regierung allerdings gute Gründe dafür, Gewässeraufweitungen auch auf dem liechtensteinischen Rheinabschnitt als Chance zu verstehen: «Flussaufweitungen in der angeordneten Grössenordnung vermögen

einen wesentlichen Beitrag bezüglich Raum- und damit Lebensqualität zu leisten.» Die Revitalisierung des Alpenrheins könnte damit auch Teil eines nachhaltigen Standortmarketings sein, schreibt die Regierung.

Gesellschaftspolitischer Entscheid

Die Prioritäten in der Bodenwidmung und der raumplanerische Weiterentwicklung müssten allerdings gesellschaftspolitisch diskutiert und entschieden werden, fordert die Re-

gierung. Um ein Stimmungsbild darüber zu erhalten, welchen Weg Liechtenstein einschlagen sollte, bittet Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer daher den Landtag um die Beantwortung einiger grundlegender Fragen: Wie gross ist der Stellenwert einer mehr oder weniger hohen Eigenversorgungsquote mit Lebensmitteln? Wie weit soll die nicht vermehrbare Ressource Boden der Natur oder Infrastrukturen und wie weit der produzierenden Landwirtschaft gewidmet werden? Wo sollen für die wachsende Bevölkerung angesichts der fortschreitenden Umgestaltung der Siedlungen noch attraktive Erholungsgebiete möglich sein? Und wie kann die Qualität der Landschaft erhöht werden? «Dabei sind auch die immer wichtiger werdenden Wirkungen der Landschaftsgestaltung auf das Wohlbefinden und die Identifikation der Bevölkerung mit dem Lebensraum nicht zu unterschätzen», betont die Regierung.

Das Thema Aufweitung wird die Politik demnächst noch intensiver beschäftigen, denn wegen den in den kommenden Jahren anstehenden Dammsanierungen sind Entscheidungen zur weiteren Entwicklung des Alpenrheins zeitnah zu treffen.

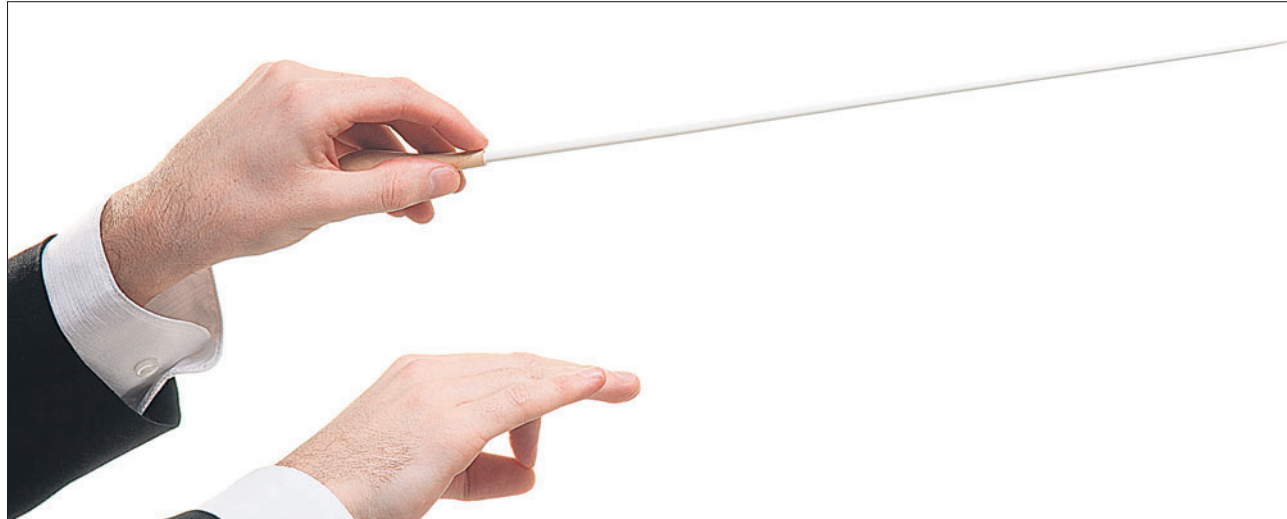
Die vollständige Interpellationsbeantwortung der Regierung zum ökologischen Zustand des Alpenrheins finden Sie im Media Center auf www.volksblatt.li.

Rheinkraftwerk

Ökologie ist wichtiger als Energieversorgung

Hinsichtlich der energetischen Nutzung des Alpenrheins laufen aktuell Untersuchungen im Auftrag der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) und dem schweizerischen Stromversorger Axpo AG. Nach Ansicht der Regierung ist heutzutage eine energetische Nutzung des Alpenrheins nur dann denkbar, wenn sie mit den Anliegen des Umweltschutzes so weit wie möglich abgestimmt ist. «Eine grundsätzliche Höhergewichtung des Aspektes der energetischen Eigenversorgung über die ökologischen Erfordernisse erscheint gesellschaftspolitisch nicht möglich», hält die Regierung in der Interpellationsbeantwortung fest. (mb)

ANZEIGE



Tonangebend.
Seit 136 Jahren.

Volksblatt
Die Tageszeitung für Liechtenstein

Jetzt zwei Monate gratis testen
und von vielen Vorteilen profitieren.
abo@volksblatt.li oder Tel. 237 51 61